

Polnische Frage

Im Kaiserreich lebten etwa drei Millionen ethnische Polen, die sich vor allem in den preußischen Ostgebieten konzentrierten und in einigen Regierungsbezirken sogar die Mehrheit bildeten. Dies war ein Resultat der drei Teilungen Polens, die zwischen 1772 und 1795 den Doppelstaat Polen-Litauen und mit ihm die polnische Adelsrepublik beseitigt hatten. Das Land fiel dabei dem Expansionsstreben seiner Nachbarn Preußen, Österreich und Russland zum Opfer. Die erste Teilung Polens erfolgte 1772, nachdem es aufgrund konfessioneller Auseinandersetzungen in Polen zu einem Krieg zwischen diesem und Russland gekommen war, in den auch Preußen und Österreich intervenierten. Als sich die antirussische Partei des polnischen Adels daran machte, den verbleibenden Staat zu konsolidieren, nutzte Russland die daraus resultierenden inneren Auseinandersetzungen dazu, erneut in Polen einzumarschieren. 1793 einigten sich Preußen und Russland daraufhin auf die zweite Teilung Polens. Die Niederlage eines nationalen Aufstandes im Jahre 1795 führte zur dritten und letzten Teilung Polens zwischen Österreich, Preußen und Russland und damit zur Auflösung Polen-Litauens.

In der polnischen Minderheit im Deutschen Reich entwickelte sich ausgehend von Bürgertum und Adel im Laufe des 19. Jahrhunderts ein Nationalbewusstsein. Die preußische Obrigkeit reagierte darauf - angetrieben von politischen Interessenverbänden wie dem Ostmarkenverein sowie vor dem Hintergrund des wachsenden deutschen Nationalismus - mit einer Germanisierungspolitik. Diese erbitterte die Polen umso mehr. Dieser Konflikt wurde als "Polnische Frage" bezeichnet.

Die Niederlage des Deutschen Reiches und Österreichs im Ersten Weltkrieg sowie die Paralyse Russlands seit der Februarrevolution 1917 führten zur Wiedererrichtung des polnischen Staates in den letzten zwei Monaten des Jahres 1918. Bereits während des Ersten Weltkrieges hatten die Mittelmächte einen polnischen Marionettenstaat im ehemals russischen Kongresspolen geschaffen. Im Oktober 1918 erklärte dieser seine Unabhängigkeit. Neben internen Konflikten um die Ausgestaltung des neuen Staates war die junge Republik bis 1921 in Staatsgründungskriegen mit dem Deutschen Reich und Sowjetrusland verwickelt.

Im Versailler Vertrag war Polen vor allem auf Druck Frankreichs die Funktion eines cordon sanitaire zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrusland zugedacht. Danzig wurde Freie Stadt unter Völkerbundsmandat. In einigen Gebieten fanden Volksabstimmungen über die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich oder zur Republik Polen

statt. Die Regierungsbezirke Marienwerder und Allenstein votierten 1920 für den Verbleib beim Reich. Oberschlesien wurde dagegen 1921 geteilt.

Literatur:

ALEXANDER, Manfred, Kleine Geschichte Polens (Reclams Universal-Bibliothek 17060), Stuttgart 2008, S. 275-309.

BERGHAHN, Volker, Das Kaiserreich 1871-1914. Industriegesellschaft, bürgerliche Kultur und autoritärer Staat, in: KOCKA, Jürgen (Hg.), Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 16: 19. Jahrhundert (1806-1918), Stuttgart 2003, S. 1-445, hier 179-189.

BORODZIEJ, Włodzimierz, Geschichte Polens im 20. Jahrhundert (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert), München 2010, S. 97-188.

DAVIES, Norman, God's Playground. A History of Poland, Bd. 2: 1795 to the present, Oxford 1981.

GABRIEL, Martin, Teilungen Polens, in: Enzyklopädie der Neuzeit 13 (2011), Sp. 339-345.

GND-Nr. 4216195-2

Empfohlene Zitierweise:

Polnische Frage, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 1120, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/1120. Letzter Zugriff am: 26.05.2024.